

Gremienbeschluss

Inhaltlicher Beschluss



STURA
HEIDELBERG

Datum Beschlussfassung **Gremium** **Beschlussergebnis**

06.06.2023 (3465 TnK) StuRa einstimmig

Beschlusnummer: 20230606-2 **Sitzungsnummer:** 165

Beschlusstitel: Forderung zur Einrichtung unabhängiger Hauptamtsstellen bei UNIFY

Antragsteller*in: AntiRa-Referat, FS Medizin

Beschlusstext:

Der StuRa fordert die Einrichtung von 10 zusätzlichen unbefristeten Hauptamtsstellen bei UNIFY, die sich mit den verschiedenen Diskriminierungsformen beschäftigen. Dabei soll die rassismuskritische Beratungsstelle an der Universität Heidelberg bei UNIFY folgende Aufgaben übernehmen:

- Einrichtung formeller Verfahren für den Umgang mit rassistischen Vorfällen
- Aufklärung zum Thema Rassismus
- intersektional rassismuskritische Beratung
- Unterstützung bei der Suche nach psychologischer Beratung für Betroffene
- statistische Datenerhebung über Vorfälle und Strukturen,
- geschultes Personal im Bereich intersektionaler Antirassismus, das sich hauptamtlich und in Vollzeit mit dem Thema befasst
- öffentliche Berichte über Mängel und entsprechende Verbesserungspläne

Außerdem soll die psychosoziale Beratungsstelle des Studierendenwerks mit Mitteln der Universität Heidelberg neue Stellen einrichten, um den von Diskriminierung Betroffenen die nötige Unterstützung zu bieten.

Begründung:

Die Universität ist ein Ort, an dem viele Menschen wirken und einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Damit unterliegt auch dieser Ort gesellschaftlichen, strukturellen Problemen, wie Rassismus und anderen Diskriminierungsformen. Also sollte sich die Uni diesen Problemen proaktiv entgegenstellen, um allen Menschen in gleicher Weise ein uneingeschränktes Lernen und Wirken zu ermöglichen.

Es fehlt unter anderem eine Statistik über das Vorkommen rassistischer Vorfälle und Strukturen. Dass dieses Problem durchaus präsent ist, zeigte eine Rundmail der Studiendekanin der medizinischen Fakultät (Heidelberg), in der von einem rassistischen Vorfall berichtet und sich entschieden dagegen positioniert wurde. Für weitere Vorfälle wurde der Fachschaftsrat als Ansprechstelle genannt und beteuert, dass mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen angegangen werden würde.

Fachschaften haben allerdings andere Aufgaben als rassismuskritische Beratung zu leisten, geschweige von Vorfällen, in denen keine Studierende betroffen sind. Das kann also keine Lösung sein.

Dazu reicht uns keine ungefähre Beteuerung „alle zur Verfügung stehenden Mittel“ zu nutzen; es sollte eine offizielle Beratungsstelle geben, die vorbereitete Wege und geschultes, hauptamtlich beschäftigtes Personal bereithält, um Betroffene zu unterstützen und zu schützen.

Die Uni beschäftigt bei UNIFY zwar Personen, die sich um diverse Diskriminierungsformen kümmern, allerdings werden diese sieben Stellen einer ausreichenden Arbeit gegen Diskriminierung nicht gerecht. Vor dem Hintergrund, dass Diskriminierungsformen sich stark unterscheiden, ist speziell geschultes Personal für jede Diskriminierungsform absolut notwendig.

UNIFY wurde aufgetragen, für verschiedene Einrichtungen Leitfäden im Umgang mit Diskriminierungsvorfällen zu erstellen. Dazu wurde zuletzt auch eine zusätzliche Vollzeitstelle (die siebte) bewilligt. Allerdings wurden damit UNIFY noch mehr Aufgaben zugeteilt und nur mangelhaft durch zusätzliches Personal ausgeglichen.

Die aktuellen sieben Stellen sind für die gesamte Uni und jede Form der Belästigung und Diskriminierung zuständig. Das sind 29.897 Studierenden, 8.783 hauptberuflich Beschäftigte und 6.485 wissenschaftliche Mitarbeitende (<https://www.uni-heidelberg.de/de/universitaet/daten-fakten>). Das ist nicht genug, um allen Wirkenden an der Universität ein möglichst barrierearmes Lernen und Arbeiten zu ermöglichen.

Unterschrift:
